

N^o 22.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 27. Mai 1908.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Bartels, E. W.	Hartwig, C. M.
Bömers, H. F. C.	Heinemann, Ernst Friedr.
Brauns, Aug.	Jhlber, C.
Bruns, Joh. H.	Kämena, H.
Dubbers, Aug.	Körner, Nic.
Fritz, J. G.	Krome, F.
Gerlach, J. H.	Krug, C. C.
Gröning, Heinr.	Lange, C. L. F.
Hagemeyer, J. F.	Lehmkuhl, Heinr.

Lemke, G.	Reck, Fr. jun.
Meyer, Paul.	Rohr, Fr.
Nagel, W. R.	Scherer, Dr. jur.
Pagenstecher, G.	Tidemann, Dr. med.
Pappier, Fr.	Vagt, L.
Quidde, Dr. jur.	Willstein, Aug.
Rabe, Wilh.	Wobbe, A. F.
Rasch, Bernh.	Wuppesahl, H. A.

Nicht entschuldigt war Herr
Danziger, Dr. jur.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
A. Vertrauliche Sitzung.			V. Mitteilung des Senats vom 19. Mai 1908:		
B. Öffentliche Sitzung.			2. Angestellte des Ellener Hofs und des Hartmanns Hofs.		
I. Mitteilung des Senats vom 12. Mai 1908:			3. Gesundheitswesen.		
2. Regulierung der Straße beim Ohlenhof	398		4. Vermehrung der Zahl und Erhöhung der Gehalte der Mitglieder des städtischen Orchesters.		(N. 3. Verh. gef.)
3. Erweiterungsbauten für Ellen	398		VI. Antrag auf Ergänzung des § 45 der Geschäftsordnung.		(Sten. Ver. S. 350.) (N. 3. Verh. gef.)
4. Bauliche Anlagen des St. Josephs-Stifts	399		VII. Antrag, betreffend Versicherung der Beamten der Desinfektionsanstalt. (Sten. Ver. S. 351.)		(N. 3. Verh. gef.)
5. Ueberschreitung der budgetmäßig bewilligten Mittel für den Ausbau der Gustavstraße	399		VIII. Antrag, betreffend Unterführung an der Eisenbahnbrücke.		(Sten. Ver. S. 336.) (N. 3. Verh. gef.)
II. Mitteilung des Senats vom 15. Mai 1908:			IX. Antrag, betreffend Einrichtungen am Schlachthof.		(Sten. Ver. S. 351.) (N. 3. Verh. gef.)
4. Darlehen für Anlage von Spülaborten	399		X. Antrag, betreffend Vereinsgesetz. (Sten. Ver. S. 374.)		(N. 3. Verh. gef.)
5. Deutsche Kolonialgesellschaft	399		XI. Antrag, betreffend Sanddiputen. (Sten. Ver. S. 374.)		(N. 3. Verh. gef.)
6. Verkauf des Restgrundstücks Brückenstraße Nr. 53	400		XII. Antrag, betreffend Schaffung von Gehaltsklassen.		(Sten. Ver. S. 204.) (N. 3. Verh. gef.)
7. Bau eines neuen Trockenbodens in Bremerhaven und Vertrag über die Vermietung des Bodens an den Norddeutschen Lloyd. (Dazu Mitteilung des Senats vom 23. Mai 1908.)	400				
III. Mitteilung des Senats vom 14. April 1908 und (mündlicher) Bericht der Budgetkommission:					
9. Inventar für das Polizeihaus	401				
IV. Mitteilung des Senats vom 4. April 1908:					
Jahresbericht der Gewerbeinspektion	402				

XIII. Anträge, die bei der Budgetberatung zurückgestellt worden sind. (Sten. Ber. S. 367.)
(N. 3. Verh. gef.)

XIV. Mitteilung des Senats vom 3. April 1908:
5. Aenderung der Bauordnung vom 21. Oktober 1906 und des Gesetzes vom 5. April 1894, betreffend Bauten an Koppelwegen usw.
(N. 3. Verh. gef.)

XV. Mitteilung des Senats vom 23. Mai 1908:

2. Wahl eines Mitgliedes des Amtsgerichts Bremerhaven.
3. Aenderung des Gesetzes den Senat betreffend.
4. Egestorff-Stiftung.
5. Gewerbemuseum. (N. 3. Verh. gef.)

XVI. Antrag, betreffend Wohnungsinpektion. (Sten. Ber. 1907 S. 247.)
(N. 3. Verh. gef.)

Herr H. A. Nolze präsidiert.

Eröffnung der öffentlichen Sitzung 6 Uhr 43 Minuten.

Das Hauptprotokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist die Anzeige des Senats, daß zum Senatskommissar für die Mitteilung des Senats, betreffend Bau eines neuen Trockendocks in Bremerhaven und Vertrag über die Vermietung des Docks an den Norddeutschen Lloyd Herr Senator Dr. Barkhausen ernannt und demselben Herr Baurat Claussen beigeordnet ist, ferner die Anzeige, daß für die Mitteilung des Senats, betreffend Egestorff-Stiftung Herr Senator Hildebrand zum Kommissar des Senats ernannt worden ist.

Weiter ist eingegangen eine Mitteilung des Senats vom 26. Mai, betreffend 1. Verbreiterung der Lindenhofstraße zwischen Werft- und Ortstraße, 2. Erweiterungs- und Umbau der Hauptfeuerwache, zweiter Bauabschnitt, 3. Vergrößerung und Umbau der Hauptfeuerwache, dritter Bauabschnitt, dann eine Mitteilung des Senats vom 27. Mai, betreffend Verwaltung öffentlicher Grundstücke.

Weiter ist eingegangen eine Petition vom Bremer Wirtverein, dem Konzert- und Saalhaberverein und mehreren anderen Vereinen. Von dieser Eingabe haben wohl alle Herren einen Abdruck bekommen. (Rufe: Ja!)

Herr Lankau: Ich beantrage, die Eingabe zur Besprechung auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Ich halte es für nötig, daß sich die Bürgererschaft damit beschäftigt.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Präsident: Dann kommt der Gegenstand auf die Tagesordnung.

In der vorigen Sitzung sind eine Reihe von Neuwahlen für Kommissionen vorgenommen. Die Stimmzettel waren damals noch nicht aufgezählt, so daß ich das Resultat noch nicht verlesen konnte. Sie haben

allerdings schon Kenntnis davon bekommen, ich halte es aber doch für ordnungsmäßig, daß ich das Resultat hier mitteile. Es sind gewählt in die Kommission wegen Dienstwohnungen Herr Busch, für Submissionswesen Herr Brasch, für das Gesetz wegen der Straßenregulierungen Herr Hachmeister, für den Bürgererschaftsaal Herr Feuß, für das Herdentor Herr Sanders, wegen der Lehrer an höheren Schulen Herr Schierenbeck, wegen der Schornsteinfegerordnung Herr Bley, wegen der Talstraße Herr Hagemann, wegen der Bauordnung § 71 Herr Leymann.

Nr. 1 der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 12. Mai 1908:

2. Regulierung der Straße Beim Ohlenhof.

Herr Richter Castendyk: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Der Antrag wird angenommen.

3. Erweiterungsbauten für Ellen.

Herr Schrage: Herr Präsident! Meine Herren! Die Baukommission hat sich eingehend mit dem Projekt und dem Kostenanschlag beschäftigt. Es handelt sich in diesem Falle um den Bau von Häusern für fünfzig Männer und fünfzig Frauen normaler Art. Die Baukommission hat sich zunächst über das Prinzip unterhalten, ob der Bau dieser Häuser in dieser Weise geschehen soll. Wie Sie wissen, steht die Baukommission auf dem Standpunkt, daß wir je lieber ein gemischtes System einführen sollten, neben Pavillonbauten auch Korridorbauten. Die Baukommission hat aber eingesehen, daß betreffs dieser Häuser nicht allein der finanzielle Standpunkt maßgebend sein dürfte, sondern daß das Interesse der baldigen Heilung der Kranken in erster Linie steht. Herr Direktor Delbrück legt großen Wert darauf, daß nur gleichartige Kranke in einem Hause untergebracht werden, damit die Heilung rascher vor sich gehe. Erfreulicherweise ist in der Ver-

mehrung der Irren seit ein oder zwei Jahren gewissermaßen ein Stillstand eingetreten. Vor drei Jahren war die Progression gegenüber der Bevölkerungszunahme so groß, daß die Befürchtung vorlag, sie könnte ungeahnte Dimensionen annehmen. Glücklicherweise ist ein Stillstand eingetreten, und wir haben gute Aussicht, daß wir innerhalb der nächsten fünf bis sechs Jahre keine neuen Häuser zu erbauen haben. Die Baukommission bittet daher, dem Projekt, wie es vorgelegt ist, zuzustimmen, sie behält sich aber vor, bei späteren Bauten das Korridorsystem in den Vordergrund zu rücken. Wenn demnächst über die Krankenanstalt im Westen Beschluß zu fassen ist, wird auch dieser Punkt wieder zur Sprache kommen. Der Kostenanschlag gibt keinen Anlaß zu Erinnerungen. Die Baukommission bittet, den Antrag, wie er gestellt ist, anzunehmen, und sieht den späteren genauen Kostenanschlägen und Plänen entgegen zur endgültigen Beschlußfassung.

Der Antrag wird angenommen.

4. Bauliche Anlagen des St. Josephs-Stifts.

Es meldet sich niemand zum Wort.

Präsident: Wir zeigen den Empfang des Berichts dankend an.

5. Ueberschreitung der budgetmäßig bewilligten Mittel für den Ausbau der Gustavstraße.

Herr Böttcher: Herr Präsident! Meine Herren! Die Ueberschreitungen setzen sich zusammen aus Erdarbeiten, Mehrkosten für Pflastermaterial, Erhöhung der Preise für Bäume. Ich möchte darum im Namen der Deputation, Abteilung Straßenbau, bitten, die Ueberschreitung zu genehmigen und ferner zu gestatten, daß die Summe entnommen wird aus dem Rest des Betrages für die Geestemünderstraße.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 1908:

4. Darlehen für Anlegung von Spülaborten.

Es meldet sich niemand zum Wort.

Präsident: Wir zeigen den Empfang des Berichts dankend an.

5. Deutsche Kolonialgesellschaft.

Herr Voigt: Herr Präsident! Meine Herren! Wir können der Vorlage nicht zustimmen. Es ist uns unbegreiflich, wie man irgendwie einer Gesellschaft, welche die treibende Kraft gewesen ist, daß dem deutschen Volke gewissermaßen Millionen und aber Millionen

aus der Tasche gezogen sind, nach ihren Sitzungen und Versammlungen auf Kosten der Steuerzahler noch ein Bechgelage veranstalten will. Man sollte das Geld besser anwenden. Wenn Arbeiterkongresse hier stattgefunden haben, hat der Senat sich nicht bereit erklärt, — niemand ist auch an ihn herangegangen — der Senat hat sich aber auch niemals selbständig gerührt, daß so etwas gewährt würde. Ich glaube jedenfalls, daß wir das Geld notwendiger haben und besser anwenden können, als wenn hier eine Gesellschaft einen Kongreß hat und sie dann 10 000 M. auf Kosten der bremischen Steuerzahler verlaufen wollen. (Große Unruhe.)

Präsident: Ich möchte bitten, derartige vulgäre Ausdrücke nicht zu gebrauchen.

Herr Voigt: Weiter ist es nichts.

Präsident: Der Ausdruck ist nicht in der Ordnung. Ich möchte Sie bitten, den Ausdruck zurückzunehmen, ein derartiger Ausdruck gehört sich nicht für ein Parlament wie unsere Bürgerschaft. — Ich rufe Sie zur Ordnung.

Herr Ed. Achelis: Ich habe nicht gedacht, daß der Gegenstand heute abend Veranlassung zu einer Debatte geben würde, und ich bedaure außerordentlich, daß diese nicht freundlichen Worte von Herrn Voigt gefallen sind. Der letzte Ausdruck, den er gebraucht hat, ist mir entgangen, ich habe nur gehört, daß Herr Voigt gesagt hat, daß wir uns hüten sollten, für eine Versammlung, für diesen Kolonial-Kongreß, für die Kolonien, die dem deutschen Volke Millionen und aber Millionen entzogen hätten, Geld zu bewilligen. Es erübrigt sich, über die Kolonialfrage hier eine lange Rede zu halten. Es ist eine im allgemeinen erwiesene Tatsache, daß die Meinung, die im Volke sich über den Wert der Kolonien verbreitet hat, doch wohl etwas höher als die des Herrn Voigt einzuschätzen ist. Wenn die Kolonien heutigen Tages noch nicht das gebracht haben, was von ihnen erhofft wird, so nimmt doch ihre Entwicklung von Jahr zu Jahr weiter zu und sie sehen einer großen glücklichen Zukunft entgegen. Herr Voigt hat gesagt, ein Bechgelage sollte gefeiert werden, wenn die Kongreßmitglieder hier sind. Wenn irgend ein Kongreß ernste Arbeit leistet, so ist es der Kolonialverein. Der Kolonialverein hat seine ganze Kraft eingesetzt für das Wohl der Kolonien und zum Wohl des deutschen Volkes. Es wären die großen Erfolge nicht zu verzeichnen, wenn der Kolonialverein und seine Mitglieder die Sache nicht gefördert hätten. Ich erinnere an die jahrelangen intensiven Bemühungen der kolonialwirtschaftlichen Komitees, denen allein die große Ausdehnung der Baumwollkulturen in den Kolonien zu danken ist. Die Kolonien exportieren große Quantitäten Güter nach Deutschland, während von Deutschland wieder enorme Quantitäten nach Afrika ausgeführt werden. Dem Handel, der Schifffahrt

erwachsen Vorteile aus dem Handel mit den Kolonien, aber vor allem hat die deutsche Industrie das größte Interesse an ihnen, und mit der Industrie ist es vor allem die Arbeiterbevölkerung, welche unter allen Umständen Nutzen aus den Kolonien zieht. (Zurufe bei den Sozialdemokraten). Es wird dadurch vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen und diese zieht erhöhte Arbeitslöhne nach sich. Wenn sich vom 11. bis 13. Juni hier mehrere hundert deutsche Männer versammeln, um ihr Interesse für die Kolonien zu bezeugen, Männer, die nicht nur Interesse für die Kolonien haben, sondern die auch ihre Kraft dafür einsetzen und zum großen Teil dafür materielle Hilfe leisten, so werden sie in diesen Tagen ernst arbeiten vom Morgen bis zum Abend. Es wird gearbeitet, und daß keine Bechgelage veranstaltet werden, wovon Herr Voigt gesprochen hat, dafür bürgt schon der Name des Mannes, der an der Spitze des Kolonialvereins steht. Ich bitte, der Kolonialversammlung, die in vielen deutschen Städten von Herzen willkommen geheißen ist, auch die Mauerern Bremens freundlich zu öffnen, ich bitte Bremens Bürger, ihr ein herzliches Willkommen zu betätigen, und bitte die Bürgererschaft, ihrerseits dazu beizutragen, indem sie die 10 000 Mk., die der Senat verlangt hat, bewilligt. (Lebhafter Beifall.)

Herr Voigt: Ja gewiß, der Herr Vorredner hat recht, die Kolonialgesellschaft verbreitet jedenfalls Nutzen, jedenfalls hat die Kolonialgesellschaft für etwas Sorge getragen: für Verdienst, aber für Verdienst einiger Kapitalisten, einzelner Personen, die ihren Säckel gefüllt haben, das bestreite ich durchaus nicht; für die große Masse der arbeitenden Bevölkerung hat sie aber nicht segensreich gewirkt, sondern im Gegenteil, aus den Taschen der Steuerzahler sind hunderte von Millionen verpulvert. Von unserm Standpunkt können wir derartige Bestrebungen auf keinen Fall unterstützen.

Es hat sich sonst niemand zum Wort gemeldet.

Der Antrag des Senats wird angenommen.

6. Verkauf des Restgrundstücks Brückenstraße Nr. 53.

Herr Richter Castendyk: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Herr Heinken: Ich habe gegen den Verkauf nichts einzuwenden, doch möchte ich beantragen, daß der Verkauf ein öffentlicher sei.

Wie Sie aus der Mitteilung ersehen, sind verschiedene Reflektanten da. Ich glaube, daß es für die Allgemeinheit das richtigste wäre. Da mehrere Reflektanten da sind, sollte der Verkauf ein öffentlicher sein, sonst geht es uns vielleicht wieder so wie an der kleinen Allee, wo der Käufer in einigen Tagen 7000 Mk. verdient hat. Ich kann mich für den öffentlichen Verkauf

erklären, daß für das Höchstgebot der Zuschlag erteilt werde.

Präsident: Stellen Sie einen Antrag?

Herr Heinken: Ja.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Schütte: Ich möchte bitten, den Antrag abzulehnen. Es hat uns Mühe genug gekostet, mit dieser Firma fertig zu werden, bis sie einen so hohen Preis bewilligt hat. Sie können damit zufrieden sein, an der Stelle solche Grundstückspreise zu erhalten. In diesem Fall hat ein öffentlicher Verkauf keinen Zweck. Ich bitte, den Antrag anzunehmen, wie er gestellt ist.

Herr Notar A. Tebelmann: Ich hatte nicht erwartet, daß die Deputation wegen Regulierung von Baulinien einen solchen Preis für das Restgrundstück erlangen könnte, es ist das ein außerordentlich günstiger Preis, der jedenfalls bei einem öffentlichen Verkauf nicht erzielt werden wird. Wenn es sich hier um ein großes Grundstück handelte, wie bei dem, wovon Herr Heinken gesprochen hat, dann läge die Sache anders, dies ist aber ein Restgrundstück von einer Breite von 5 1/2 m. Was soll darauf gebaut werden? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gebrüder Wiegand können das Grundstück gebrauchen, weil sie nebenan bauen und dieses hinzuziehen können. Ich möchte bitten, den Antrag des Herrn Heinken nicht anzunehmen.

Herr Heinken: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

7. Bau eines neuen Trockendocks in Bremerhaven und Vertrag über die Vermietung des Docks an den Norddeutschen Lloyd.

(Dazu Mitteilung des Senats vom 23. Mai 1908.)

Senatskommissar Herr Senator Dr. Barkhausen, dessen Beigeordneter Herr Baurat Clausen.

Herr Richter Castendyk: Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Herr Addicks: Herr Präsident! Meine Herren! Die heutige Vorlage der Deputation für Häfen und Eisenbahnen wird gewiß Ihr allseitiges Interesse gefunden und werden Sie jedenfalls mit besonderer Befriedigung ersehen haben, daß die Hafenerweiterungsarbeiten in Bremerhaven einen so guten und raschen Fortgang nehmen. Der Kaiserhafen II, soweit er projektiert, ist seit längerer Zeit fertiggestellt, und nachdem auch die beiden Kajeschuppen und die Gleisanlage fertig, ist der Hafen seit einiger Zeit als betriebsfähig dem Verkehr übergeben worden. Die Ausrüstung mit elektrischen Hebezeugen wird voraussichtlich zum Herbst fertig sein. Die Arbeiten am Kaiserhafen III nehmen einen guten Fortgang, ebenso

ist der neue Wehrdeich vollendet. Die Arbeiten haben unter einem guten Stern gestanden, da wir von Unfällen Gott sei Dank verschont geblieben. Nach dem Programm erfolgt nunmehr die Erbauung des zweiten Trockendocks, worüber die heutige Vorlage. Wie Sie aus der Vorlage ersehen haben werden, hat der Norddeutsche Lloyd sowohl wie auch die Handelskammer dem Projekt der Hafenbauinspektion in allen Teilen zugestimmt und hat die Deputation inzwischen mit dem Norddeutschen Lloyd — unter Vorbehalt der Zustimmung von Senat und Bürgererschaft — einen Mietvertrag abgeschlossen. Dieser Mietvertrag, der auch die Billigung der Handelskammer gefunden hat, ist im allgemeinen dem bewährten früheren Vertrage nachgebildet, mit Ausnahme der höheren Verzinsung. Ich bitte, dem Vertrage und den übrigen Anträgen der Deputation Ihre Zustimmung zu erteilen, und hoffe, daß der Beschluß sich für die Entwicklung von Handel und Schifffahrt und für die Entwicklung der Hafenstadt Bremerhaven als ein segensreicher erweisen wird. (Beifall.)

Herr Schütte: Es wird jeden erfreut haben, aus dem Bericht zu ersehen, wie tatkräftig die Deputation für Häfen und Eisenbahnen vorgegangen ist, und es ist zu hoffen, daß sie ferner in derselben Weise vorgehen wird, um in Bremerhaven Zustände zu schaffen, die für Handel und Schifffahrt notwendig sind. In dem Bericht handelt es sich um Millionen, um so viele praktische Sachen, Anlagen usw., daß ein einfaches Bürgerchaftsmitglied selbstverständlich nicht in der Lage ist, irgend eine Kritik daran zu üben, es wird uns nichts übrig bleiben, als die Vorlage einfach anzunehmen und dadurch der Deputation unser volles Vertrauen auszudrücken. Meine besondere Freude aber möchte ich darüber ausdrücken, daß es der Deputation gelungen ist, dem Lloyd gegenüber, entgegen der früheren Vereinbarung, wo die Deputation ihm außerordentlich entgegengekommen ist, den Zinsfuß, wie es nach unsern heutigen Verhältnissen angemessen ist, auf 4 Prozent zu erhöhen. Weiter habe ich nichts zu bemerken.

Herr Nicolaus: Herr Präsident! Meine Herren! Ich schließe mich den Worten des Herrn Schütte vollständig an. Ich glaube, daß jedes Mitglied der Bürgererschaft mit großem Interesse die Weiterentwicklung dieser großen Arbeiten in Bremerhaven verfolgt. Ich möchte aber an den Vertreter der Deputation die Anfrage richten, ob nicht bald Zeit dafür ist, daß der Bürgererschaft Gelegenheit gegeben werde, den neuen Hafenanlagen einen Besuch abzustatten. Als vor mehreren Jahren aus der Mitte der Bürgererschaft dieser Wunsch ausgedrückt wurde, ist uns erklärt worden, daß wir damit einige Jahre warten möchten, bis man etwas mehr sehen könnte. Die letzte Besichtigung der Wehranlagen bei Hastedt hat ein großes Interesse bei der Bürgererschaft gefunden und wir haben uns gefreut, daß wir die Besichtigung in trockenem Zustande haben er-

ledigen können. Ich glaube, bei den gewaltigen Dimensionen der neuen Bauten in Bremerhaven sollte man mit der Besichtigung nicht warten, bis alles fertig ist.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Barkhausen: Der Wunsch des Herrn Nicolaus, der, wie ich hoffe, auch der Wunsch der Bürgererschaft ist, wird bei der Deputation freudigen Widerhall finden, (Beifall) und wir hoffen, spätestens Ende September dieses Jahres der Bürgererschaft unsere neuen Anlagen zeigen zu können.

Die Anträge werden angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 14. April 1908 und (mündlicher) Bericht der Budgetkommission:

9. Inventar für das Polizeihaus.

Herr Groninger: Am 6. Mai hat die Budgetkommission ihren ersten mündlichen Bericht erstattet über das Mobiliar des Polizeihauses. Inzwischen haben weitere Prüfungen betreffs Anschaffung des Inventars stattgefunden, und wir sind zu folgendem Resultat gekommen: Es war beantragt für Fenstervorhänge, Gardinen, eine Summe von 10 800 M. Bei der Besichtigung des Gebäudes haben wir gefunden, daß eine Anzahl von Fenstern überhaupt nicht von der Sonne berührt wird, und wir haben es für richtig befunden, diesen Fenstern keine Vorhänge zu geben, weil die Lichtverhältnisse dadurch nur geschädigt werden könnten. Wir sind auch zur Ueberzeugung gekommen, daß der Preis für die Fenstervorhänge an sich etwas ermäßigt werden kann, und wir sind dadurch auf eine verminderte Zahl von 8500 M. gekommen statt der beantragten 10 800 M. Das sind 2300 M. weniger, die erforderlich sind. Es waren ferner beantragt für Orientierungstafeln, für Bänke usw. 16 000 M. Es waren darunter 17 große Orientierungstafeln beantragt à 350 M. per Stück. Wir haben nach Rücksprache mit den Beamten und nach abermaliger Beratung beschlossen, daß man mit 6 von diesen großen Tafeln wohl auskommen könnte, und daß im übrigen das Verzeichnis in den verschiedenen Korridoren an die Wände gemalt werden könnte. Das genügt vollständig. Wir erzielen dadurch eine Ersparnis von 3500 M. Dann werden ferner für Papierkästen 25 M. per Stück beantragt. Wir glauben, daß mit 20 M. dieselben auch gut hergestellt werden können. Es werden dadurch 100 M. gespart. Ferner sind für Unvorhergesehenes 1400 M. beantragt. Wir glauben mit 1000 M. auskommen zu können. Es werden dadurch 400 M. gespart, so daß im ganzen auf diese Posten 4000 M. Ersparnis sein würden, so daß nur zu beantragen sind 12 000 M. Es kommen dann noch die allgemeinen Neuanschaffungen und Erweiterungen. Für die Uhren sind allein 17 000 M.

beantragt. Unter der eben genannten Ueberschrift befinden sich unter anderem Bureauutensilien, Tintenfässer, im Werte von 3000 M., die neu angeschafft werden sollen. Wir glauben, daß die Behörde mit 2000 M. auskommen kann und schlagen dieses vor. Es werden ferner beantragt für Erweiterung des Normaluhrenwerkes 2500 M. Es sind früher schon 22 Normaluhren für dieses Gebäude bewilligt. Es wurde beantragt, noch 28 weitere Normaluhren für verschiedene Bureaus, resp. für die Korridore anzuschaffen. Bei der Prüfung der Sache hat sich herausgestellt, daß die Behörde bereits im Besitze von 50—60 transportablen Uhren ist. Diese transportablen Uhren werden vom Uhrmacher in Ordnung gehalten und aufgezogen, und das kostet dem Staate natürlich eine Menge Geld. Wir glauben, wenn diese 28 Normaluhren, im ganzen 50 angebracht würden, daß die andern naturgemäß wegfallen könnten. Nun sagt die Behörde, wir müssen außerdem 50—60 Standuhren in den Bureaus dabei haben. Wir haben das nicht für notwendig befunden. Wir haben gesagt, eins oder das andere, und haben der Behörde die Frage vorgelegt, was sie vorzöge, 28 neue Normaluhren oder die 50—60 vorhandenen mitzunehmen. Sie hat es vorgezogen, die 50—60 mitzunehmen und auf die Normaluhren zu verzichten. Wir beantragen, diesen Posten mit 2800 M. zu streichen, so daß 3500 M. auf diesen Posten zu setzen sind. Der Antrag der Budgetkommission lautet daher:

Die Bürgerschaft bewilligt im Anschluß an ihren Beschluß vom 6. Mai 1908 auf den Fonds für außerordentliche Ausgaben:

für neue Fenstervorhänge	M. 8 500.—
" Orientierungstafeln, Ruhebänke, Papierkasten u.	" 12 000.—
" allgemeine Neuanschaffungen	" 13 500.—
" Zeichnungen und Bauleitung	" 5 000.—
	M. 39 000.—

Mit dem, was wir neulich beschlossen haben, würde der Minderbetrag sich auf 29 500 M. stellen.

Herr Ed. Achetis: Die Budgetkommission hat eine außerordentlich gründliche Arbeit geleistet und wird von dem Resultat sehr befriedigt sein und sich freuen, daß sie 29 500 M. sparen kann. Die Baudeputation, die sich mit diesem Gegenstande eingehend beschäftigt hat, ist anderer Ansicht gewesen. Aber wir werden uns fügen müssen. Die Gründe, weshalb wir seinerzeit mehr beantragt haben, liegen auf anderem Gebiet. Die Budgetkommission hat gesagt, daß in manche Zimmer, für welche Vorhänge beantragt worden sind, keine Sonne hineinkäme. Die Baudeputation hat das auch gefunden, sich aber gesagt, daß abends bei Zwielicht, wenn die Leute gezwungen sind, elektrisches Licht zu brennen, es dann wünschenswert ist, dort Vorhänge zu haben. Daß Papierkästen statt für 25 M. auch für 20 M. zu liefern sind, das mag wohl möglich sein,

das würde die Submission ohne Zweifel ergeben haben. Daß für Unvorhergesehenes 1000 M. statt 1400 M. eingestellt sind, mag auch richtig sein. Unsere Ansicht ist, daß es nicht möglich ist, das auf einige hundert Mark voranzusehen. Die große Summe für 17 Tafeln und Bänke ist ein Punkt, über den sich die Baudeputation in Unterhaltung mit dem Architekten beschäftigt hat; auch wir waren der Ansicht, daß diese Summe reichlich hoch bemessen war, aber die Ausführungen des leitenden Architekten haben uns bestimmt, den Antrag zu lassen, wie er gestellt ist, weil die Architektur dieses monumentalen Gebäudes es verlangen könnte, daß, wenn man in das Gebäude durch die große Tür eintrete, man nicht gleich auf bemalte Wände stößt, sondern daß dort Tafeln wären. Es wurde aber beabsichtigt, das Weitere noch abzuwarten, bevor man mit der Bestellung der Tafeln vorgehe. Was den letzten Punkt wegen der Uhren anbetrifft, so kann ich nur sagen, daß die Herren der Polizeidirektion jetzt außerordentlich bescheiden geworden sind. In unserer Unterhaltung waren die Herren von der Polizeidirektion weit weniger nachgiebig und meinten, daß sie die geforderten Uhren unbedingt haben müßten. Wenn sich diese Notwendigkeit jetzt als nicht notwendig herausgestellt hat, so ist das außerordentlich erfreulich.

Herr Groninger: Zu den Worten des Herrn Achetis möchte ich kurz bemerken, daß Herr Senator Dr. Rebelthau, der Vorsitzende der Baudeputation, bei allen unseren Beratungen zugegen gewesen ist und sich mit allen unseren Vorschlägen einverstanden erklärt hat. Was die Fenstervorhänge anbetrifft, so bezweifle ich sehr, daß irgend jemand in der Dämmerung, wenn Licht angezündet wird, sich die Augen verderben wird. Wir haben in den Kaufmannskontoren, wo keine Sonne ist, keine solche Vorhänge. Im übrigen sind diese Fenster fast alle nach hinten hinaus, so daß von außen kaum jemand hineinschauen kann. In der großen Vorhalle, die vom Eingang in das Haus hineinführt, sollen große Tafeln aufgestellt werden. Das sind Orientierungstafeln, die sollten auch in die Korridore kommen. Wenn Sie in das Haus hineinkommen, werden Sie die vier großen Tafeln sehen. Ich glaube, wir können das so annehmen, wie die Budgetkommission Ihnen vorschlägt.

Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 4. April 1908:

Jahresbericht der Gewerbeinspektion.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Lürman, Beisitzer Herr Gewerbe Rat Wegener.

Herr Donath: Herr Präsident, meine Herren! Im Vergleich zu anderen Berichten, namentlich zu

denen der preussischen Gewerbeinspektionen, zeichnet sich dieser Bericht der hiesigen Gewerbeinspektion vorteilhaft aus. Er gibt sich Mühe, die Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und deren gewerkschaftliche Tätigkeit objektiv zu beurteilen. Absolut für sich allein betrachtet, läßt der Bericht noch manche Wünsche unerfüllt. Das mag allerdings auch mit daran liegen, daß der Gewerbeinspektion Grenzen gezogen sind, Grenzen, worüber hinaus sie nicht gehen kann, wie Herr Senator Dr. Lürman im vorigen Jahre sagte. Die Gewerbeinspektion ist in Deutschland noch nicht so ausgebaut, wie sie ausgebaut sein müßte bei einem auch nur einigermaßen befriedigenden Arbeiterschutz. Bekanntlich ist die Dampfesselrevision noch nicht ganz von der Gewerbeinspektion getrennt. Hinzu kommt, daß die Gewerbeinspektion mit Personal nur mangelhaft versehen ist. Alles das trägt dazu bei, daß nicht alle Betriebe, welche der Gewerbeinspektion unterstellt sind, einer ständigen Beaufsichtigung unterzogen werden können. Nicht alle Betriebe haben einmal, geschweige denn zweimal oder mehrmals einer Revision unterzogen werden können. Von 1162 Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen mit 27 198 Arbeitern wurden 1114 Betriebe mit 26 901 Arbeitern revidiert. Unrevidiert blieben 48 Betriebe mit 297 Arbeitern. Das wären beinahe alle Betriebe einmal revidiert. Aber viel unfreundlicher gestaltet sich das Bild, wenn man betrachtet, wie oft die Revisionen in einzelnen Betrieben vorgenommen worden sind. Die Gesamtzahl der Revisionen betrug 1923, und zwar wurden einmal revidiert im Jahre 584, zweimal 396 und nur 134 Betriebe mehrmals. Man kann jedenfalls nicht sagen, daß das ideale Zustände seien. Hinzukommt ferner, daß an Sonn- und Feiertagen Revisionen nur in 26 Anlagen vorgenommen worden sind, und Nachtrevisionen nur in 29 Anlagen. Wenn man sich nun den nach § 120 e der Gewerbeordnung unterstellten Betrieben zuwendet, dann sieht man, daß in 378 Werkstätten der Maler und Anstreicher mit 1738 Personen 466 Revisionen vorgenommen sind, aber nicht von der Gewerbeinspektion, sondern von Polizeiorganen. Ich meine, die Bestrebungen müßten dahingehen, daß dem § 120 e der Gewerbeordnung unterstellten Betriebe, namentlich die der Maler und Anstreicher, von sachkundigen Personen der Gewerbeinspektion revidiert werden. Es kommt ferner hinzu, daß die Verordnung vom Bundesrate vom Jahre 1905 betreffend Bleiweißgefahr, eine sehr mangelhafte und keine besonders weitgehende ist. Die Folge ist auch, daß die Krankheitsziffern bei den Malern und Anstreichern sehr hohe sind. Das müßte dazu führen, daß die Revisionen nicht von Polizeiorganen, sondern von der Gewerbeinspektion vorgenommen werden, weil man dann eher erwarten kann, daß sachkundige Revisionen vorgenommen werden können. Dieser Wunsch deckt sich außerdem mit den Wünschen der Arbeiter. Die

Arbeiter wünschen auch, daß diese Betriebe nicht von Polizeiorganen, sondern von der Gewerbeinspektion revidiert werden. Man liest im Berichte, daß durch Verwendung von Anstrichfarben, die mit brennbaren Gasen bildenden Flüssigkeiten angefeuchtet werden, zwei Unfälle herbeigeführt wurden durch Entzündung dieser Gase. Das ist ein Beleg dafür, daß die Bundesratsverordnung nicht weit genug geht, daß derartige Farben in geschlossenen Räumen nicht verwendet werden sollten. Erfreulicherweise tritt die Gewerbeinspektion selbst dafür ein, daß solche gefährlichen Sachen nicht in geschlossenen Räumen verwendet werden sollen. In Bremen sollte dazu übergegangen werden, daß diese Betriebe von der Gewerbeinspektion selbst inspiziert werden. Wie vorteilhaft das ist, daß die Gewerbeinspektion solche Inspizierungen vornimmt, sieht man bei den Bäckereien und Konditoreien. Die von Senat und Bürgerschaft genehmigte Anstellung von Gehilfen der Gewerbeinspektion hat sich sehr gut bewährt, das sieht man daran, daß alle Bäckereien und Konditoreien einmal, mehrere auch einigemal revidiert sind. 390 vorhandene Anlagen wurden von 439 Revisionen bedacht. Und das war notwendig, und es hätten einige Bäckereien noch häufiger revidiert werden müssen. Denn wie uns der Bericht vorführt, so herrschen in manchen Bäckereien und Konditoreien Zustände, die jeder Beschreibung spotten, die kaum glaublich sind. In diesem patriarchalischen Gewerbe, wo die Produktion in altväterlicher Weise gehandhabt wird, herrschen Zustände, wie sie in England schon um die Mitte des verflossenen Jahrhunderts von englischen Fabrikinspektoren scharf kritisiert worden sind.

Von 781 besichtigten Arbeitsräumen hatten 223 oder 29 Prozent nicht einmal die Höhe von $2\frac{1}{2}$ m, also was die alte bremische Bauordnung für die Arbeitsräume vorschreibt. 49 von diesen Räumen waren unter 2 m hoch und gingen bis 1,68 m herunter. Nur 251 oder 32 Prozent hatten die Höhe von 3 m und entsprachen der Mindestforderung, die vom Bundesrat für die Höhe der Arbeitsräume aufgestellt ist. Der Bericht konstatiert, daß darin eine kleine Besserung eingetreten ist, daß man bei den Neuanlagen die Backstuben nicht mehr über dem heißen Ofen anlegt. Es wird weiter über Unzulänglichkeiten geklagt. 56 Bäckereien waren mangelhaft oder gar nicht zu lüften. Was das bedeutet für den Gesundheitszustand der Arbeiter bei den durch Mehlstaub geschwängerten und überhitzten Räumen, kann man sich denken. Wascheinrichtung in den Arbeitsräumen fehlte in 68 Anlagen. Genügende Wascheinrichtungen fehlten in 147 Anlagen. Von 390 Bäckereien hatten nur 114 Spucknapfe aufzuweisen. Sie können sich denken, wohin das führt. Nur in 35 Betrieben war Sitzgelegenheit für die Arbeiter vorhanden. Der Arbeitsraum diente oft noch als Waschküche und Trockenraum. Aber damit nicht genug. Sehr schmachhaft muß das Brot einer Bäckerei sein, wo Butter, Schmalz und ähnliche Waren in einem

Räume aufbewahrt wurden, wo neben einer Wascheinrichtung für Gesellen ein großes Taubenbauer und ein Klosett waren. Ich bin der Ueberzeugung, wenn man wüßte, welcher Bäckermeister das gewesen ist, so würde ganz Bremen seine Waren von diesem Bäckermeister beziehen. Man hat auch Kanalverschlüsse, Klostetablaufrohre usw. in den Arbeitsräumen der Bäckereien gefunden. Der Bäckereiberuf ist ein Erwerbszweig, bei dem das Kleinhandwerk noch durchaus ausschlaggebend ist. Soll man sich freuen, daß das Kleinhandwerk überwiegt, wenn man von derartigen Zuständen stets hören muß? Ich hoffe, daß fortgesetzt die Bäckereien von der Gewerbeinspektion einer genügenden Kontrolle unterzogen werden, da es sehr notwendig ist. Und weiter sieht man, daß gerade die Bäcker und Konditoren es sind, die sich dagegen wenden, daß die Arbeiter befreit werden vom Kost- und Logiszwange. Das ist ein System, das sehr kulturwidrig genannt werden muß. Vor kurzem erschien eine Broschüre von Richard Calwer, die die schädlichen Folgen des Kost- und Logiswesens sehr eingehend aufdeckt. Soviel ich unterrichtet bin, ist diese Broschüre allen Gewerbeinspektionen übermittelt worden, und jedenfalls auch unserem Gewerbeinspektor, und ich würde dem Gewerbeinspektor danken, wenn er seinen Einfluß geltend machen würde, daß das Kost- und Logiswesen auch hier in Bremen verschwände. (Lachen.) Sie lachen, das sollten Sie nicht tun. Denn gerade die Bäcker, die dieses System aufgegeben haben, — das ist im Berichte bemerkt, — sind nicht unzufrieden darüber, sondern befinden sich sehr wohl dabei. Aber die, die des Profits halber den Gehilfen nicht entgegenkommen wollen und die sanitären Verhältnisse nicht verbessern wollen, die sollte man bei jeder Gelegenheit bekämpfen. Und wie steht es weiter mit der Schlafgelegenheit, da wo dieses Logiswesen noch besteht? Von 360 Kammern sind 10 für die dort schlafenden Personen zu klein, 5 als feucht zu bezeichnen, 10 haben ungenügende Lüftungsverhältnisse. Vor kurzer Zeit hat hier eine öffentliche Bäckerversammlung getagt und sich mit den Zuständen, wie sie hier der Bericht der Gewerbeinspektion aufdeckt, beschäftigt, und nach längerer Aussprache hat die Versammlung eine Resolution gefaßt, die dem Senate übermittelt wurde. Die Bäckergehilfen fordern für jede beschäftigte Person in den Bäckereien 10 cbm Luftraum. Außerdem soll für genügende Ventilation gesorgt werden und für genügende Wascheinrichtungen im Arbeitsraum oder im anschließenden Räume. Dann weiter fordern die Arbeiter, daß für jeden Arbeiter ein Handtuch vorhanden sein soll, das wöchentlich zweimal gewechselt werden muß. Und dann wollen sie auch Aufstellung von Spucknapfen und Sitzgelegenheit für alle Arbeiter haben. Das sind Forderungen, die sehr bescheidener Natur sind, und es ist bedauerlich, daß man derartige Forderungen erst aufstellen muß, und daß die Meister nicht selbst zur Ueberzeugung kommen, daß sie notwendig sind.

Weiter sagt der Bericht, daß die Zahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren von 679 im Jahre 1906 auf 728 im Jahre 1907 angewachsen ist. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter von 14—16 Jahren ist von 1190 im Jahre 1906 auf 1307 im Jahre 1907 gestiegen. Die Zahl der Betriebe mit jugendlichen Arbeitern ist von 307 auf 344 angewachsen, und die Zahl derjenigen Betriebe und Anlagen, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind, von 456 auf 489 gestiegen, die Zahl der Arbeiterinnen von 4386 auf 4608. Außerdem entfallen 87 auf Arbeiterinnen von 16—21 Jahren und 135 auf Arbeiterinnen über 21 Jahre. Nicht in demselben Verhältnis, sondern weit geringer im Prozentfasse, ist die Zahl der beschäftigten erwachsenen Arbeiter gestiegen. 1907 waren es 21 278 gegen 20 596 im vorhergehenden Jahre, so daß eine Steigerung von 682 zu verzeichnen ist. Nun ist es richtig, daß diese Zahlen engbegrenzt sind. Nichtsdestoweniger tritt die Tendenz deutlich zu Tage, daß die Arbeitskraft der männlichen und teureren Arbeiter immer mehr und mehr von der billigeren Arbeitskraft der weiblichen und jugendlichen Arbeiter verdrängt wird. Mit dieser Tendenz der ökonomischen Entwicklung, die nicht aufzuhalten ist, haben die Arbeiter sich abgefunden, sie kämpfen dafür, daß die Arbeitskraft der jugendlichen und weiblichen Arbeiter im Preise steige, weil dadurch der Reiz des Kapitals verschwindet, diese Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Das Kinderschutzgesetz von 1903 ist sehr mangelhaft; das wird nicht nur von den Sozialdemokraten behauptet, sondern auch von bürgerlichen Leuten, die sich ein soziales Verständnis bewahrt haben. Ist es also mangelhaft, so ist es bedauerlich, daß Uebertretungen dieses Kinderschutzgesetzes von den Richtern in mangelhafter Weise geahndet werden. Ich bin kein Freund von hohen Strafen und hätte nichts gegen diese geringen Strafen einzuwenden, wenn nicht Verstöße gegen das materielle Eigentum in so scharfer Weise von der Rechtsprechung geahndet würden; aber wo es sich um Arbeiterschutzgesetz handelt, da ist es eine bedauerliche Erscheinung, daß die Arbeitskraft vom Richter nicht so gewertet wird, wie es notwendig wäre. Nun hat man selbst in einer Spinnerei, trotzdem in der Textilindustrie die Arbeitskraft der Männer und Frauen sehr schlecht entlohnt wird, fünf Kinder unter 14 Jahren beschäftigt angetroffen, nur um die Arbeitskraft noch billiger zu haben. Leider gibt der Bericht darüber keine Auskunft, ob in diesem Falle Anzeige und Bestrafung erfolgte.

Gehen wir weiter, so finden wir, daß im Berichte ausgeführt ist, daß den Arbeiterinnen, namentlich den jugendlichen, nicht die Rücksicht gegen das körperliche Wohl entgegengebracht wird, wie es notwendig wäre. Das führt der Gewerberat des längeren aus, und es wäre zu wünschen, daß die Worte nicht in den Wind gesprochen wären. Aber es ist bekannt, daß das

Kapital rücksichtslos gegen die Arbeitskraft ist, auch wenn es sich um die weibliche Arbeitskraft handelt.

Wenn wir weiter gehen, finden wir im Fortbildungsschulunterricht traurige Zustände. Es ist konstatiert worden, daß es noch sehr viele Lehrlinge gibt, die dem Fortbildungsschulunterricht entzogen werden. Was machen derartige Lehrherren mit ihren Lehrlingen? Kann man das eine Ausfüllung der Lehrzeit nennen? Nein! Solchen Meistern ist es bloß um die billige Arbeitskraft der Lehrlinge zu tun. Der Bericht konstatiert weiter, daß der Sonntagsfortbildungsunterricht weniger, der Unterricht an Wochentagsabenden mehr geworden ist. Ersteres ist erfreulich, letzteres nicht. Das Bestreben muß dahin gehen, daß der Unterricht an den Wochentagen und zwar nicht an den Abenden, sondern am Tage gegeben wird. Weiter muß darauf gedrungen werden — und erfreulicherweise tut das der Bericht — Pflichtunterricht einzuführen, jeder Meister muß gehalten werden, seine Lehrlinge der Fortbildungsschule zuzuweisen.

Die Genehmigung von Ueberstunden gemäß § 138 a der Gewerbeordnung hat im Jahre 1907 leider sehr zugenommen. 1045 erwachsene Arbeiterinnen haben 5703 Ueberarbeitsstunden gemacht gegenüber 1178 Arbeiterinnen mit 4364 Ueberstunden im Jahre 1906. Dazu kommen noch die Ueberarbeitsstunden an 42 Sonnabenden für 504 Arbeiterinnen. Sie sehen, daß bedeutend mehr Ueberstunden im Jahre 1907 gemacht worden sind als im Jahre 1906. Um die Zahlen richtig würdigen zu können, muß man bedenken, daß man bei Frauenarbeit die Ueberstunden erst rechnet, wenn an Wochentagen 11 Stunden, an Sonnabenden 10 Stunden überschritten werden. Was das für den weiblichen Organismus bedeutet, brauche ich nicht auseinanderzusetzen, das wird für Sie hoffentlich verständlich sein. Es wird im Bericht konstatiert, daß die Arbeiterinnen der Wäsche- und Kleiderbranche, und ich sage auch der anderen Betriebe, in denen Arbeiterinnen angestellt sind, damit einverstanden sind, daß die Ueberarbeitszeit begrenzt ist. Diese Arbeiterinnen der Kleider- und Wäschekonfektion haben auch ihr Bedauern darüber ausgedrückt, daß für die erlaubten Ueberarbeitsstunden nicht eine bestimmte Höchstzahl aufeinander folgender Tage gesetzlich festgelegt wurde. Das kann man mit ihnen bedauern. Wenn das gesetzlich festgelegt wäre, könnte man in dieser Beziehung die Grenzen für die Ueberarbeitsstunden noch enger ziehen.

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Herr Donath, fortsetzend: Erfreulich ist es, daß die Zahl der Bewilligungen für Sonntagsarbeit weniger geworden ist. Da die Lebenskraft eines erwachsenen Menschen tagtäglich abnimmt, so ist das auch naturgemäß mit der Arbeitskraft der Arbeiter so bestellt. Der Arbeiter muß täglich die nötige Ruhe haben und die genügende Quantität Lebensmittel zu sich nehmen können, um seine Arbeitskraft reproduzieren zu können.

Der Wiederherstellung der Arbeitskraft wirkt entgegen die Ueberarbeit, und so sollte man mit aller Macht dahin streben, daß die Ueberstunden und die Sonntagsarbeitsstunden verschwinden. Freilich gibt es Arbeiter, die ihre mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse — es ist ja bedauerlich, daß sie so miserabel sind — durch Ueberstunden verbessern wollen. Aber darauf kann keine Rücksicht genommen werden. Ich würde der Gewerbeinspektion dankbar sein, wenn sie nur in den Fällen, wo es gar nicht anders geht, ihre Einwilligung zu Ueberstunden gebe. Ich weiß wohl, daß der Gewerbeinspektion durch die Gewerbeordnung hierin gewisse Schranken gezogen sind, über die hinaus sie nicht gehen kann.

Gehen wir weiter zu den Revisionen der Gast- und Schankwirtschaften in bezug auf die Ruhepausen für Gehilfen und Lehrlinge, so ist in dieser Beziehung festgestellt, daß Uebererschreitungen der in Betracht kommenden Bundesratsverordnung und deshalb auch Strafen erfolgten. Die Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902 schreibt vor, daß für die Lehrlinge und Gehilfen über 16 Jahre wöchentlich siebenmal eine ununterbrochene Ruhe von mindestens 8 Stunden gewährt werden muß, für Personen unter 16 Jahre eine Ruhe von mindestens 9 Stunden. Leider haben ja bekanntlich die Gast- und Schankwirte, kaum daß diese Bundesratsverordnung das Licht der Welt erblickt hatte, sofort Petitionen gegen diese Maßnahme des Arbeiterschutzes losgelassen, aber das darf nicht hindern, daß die Bundesratsverordnung respektiert werden muß. Die Gastwirtschaftsgehilfen sind leider dank des Kost- und Logiswesens und seiner Eigenart noch nicht zu dem genügenden Selbstbewußtsein zu bringen gewesen, es ist nicht so leicht, sie einer Organisation zuzuführen, so daß sie sich der Selbsthilfe nicht befleißigen können. Ich erlaube der Gewerbeinspektion, dahin wirken zu wollen, daß diese Schutzvorschriften nicht übertreten werden.

Noch eines. Die Gehilfen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe sollten, wie die Maler und Anstreicher, hinsichtlich der Revisionen nicht den Polizeiorganen unterstehen, sondern der Gewerbeinspektion unterstellt werden, weil nur von dieser eine sachgemäße Revision vorgenommen werden kann. Auf ihrem in Leipzig stattgefundenen Verbandstage haben die Gastwirtschaftsgehilfen diesem Wunsch in einer entsprechenden Resolution Ausdruck gegeben.

Wenn wir weiter gehen, so finden wir im Bericht, daß in der Entwicklung der Zigarrenindustrie hier ein gewisser Stillstand konstatiert wird. Aber, meine Herren, unter den für diese Erscheinung vorgeführten Ursachen ist meiner Ansicht nach der wesentliche Grund nicht mit aufgenommen, und dieser wesentliche Grund ist, daß die Entwicklung dieser Industrie durch die fortgesetzten Steuerpläne, die die Reichsregierung im Schilde führt, in ihrer Existenz stark behindert wird. Mag die Nichterwähnung dieser Tatsache vielleicht daran gelegen

haben, daß der Gewerbeinspektion die von Senatskommissar Dr. Vürman erwähnten Grenzen gezogen sind?

Dann heißt es weiter im Bericht, daß die Zigarrenindustrie fortgesetzt von Bremen abwandere. Das ist eine alte Tatsache, die schon der Bericht der Handelskammer für 1906 konstatiert. Diese Fabrikation geht immer mehr zum Beispiel nach Westfalen und nach dem Eichsfeld, wo die Arbeitskräfte billiger sind. Die billigeren Arbeitskräfte sind für das Unternehmertum ausschlaggebend.

Weiter wird konstatiert, daß die Fabrikation aus dem Fabrikbetrieb hinausgetrieben wird in die Heimindustrie. Warum geschieht das? Zunächst, weil der Unternehmer dadurch verschiedene Betriebsunkosten spart, zweitens der lästigen Kontrolle durch die Gewerbeinspektion entgeht, vor allem aber, weil durch die Heimindustrie die Fabrikate billiger hergestellt werden können. Was für Not und Elend für die Arbeiter aber in der Heimindustrie herrscht, das konstatierte vor einigen Jahren die Heimarbeitsausstellung in Berlin und jetzt die Ausstellung in Frankfurt a. M. Auf Seite 343 des Berichts kann man lesen, daß derartige Zustände, wie man sie anderwärts in der Heimindustrie antrifft, leider auch in Bremen vorhanden sind. Wir sehen, wie trostlos die Lage der Arbeiter ist, die in der Heimindustrie beschäftigt sind, wir lesen da, wie die Leute in ihrem Wohnungsweisen beschränkt sind, daß sie ihre Wohnungen teilweise in Gängen und Höfen haben und daß selbst da die Mieten 140—300 M. ausmachen, daß sie trotz der hohen Mieten in ihren Räumlichkeiten beengt werden, da sie abvermieten müssen, und daß sich eine Familie mit ein bis zwei Wohnräumen behelfen muß. Der Arbeitsraum, wo der Tabak entrippt und am Ofen getrocknet wird, dient zugleich als Wohn- und Speiseraum für die ganze Familie — — —

Präsident: Herr Donath, ich möchte sie bitten, sich etwas kürzer zu fassen. Das ganze, was Sie in den letzten zehn Minuten vorgetragen haben, ist wörtlich aus dem Bericht der Vorlage, entnommen. Das ist doch nicht Ihre Aufgabe. Sie können wohl eine Kritik an dem Bericht üben, ein sachweises Verlesen hat aber keinen Zweck.

Herr Donath: Der Herr Präsident befindet sich im Irrtum. Ich habe bis jetzt nichts wörtlich vorgelesen. Was ich vorgetragen habe, habe ich für notwendig gehalten, um die nachfolgenden Ausführungen verständlich zu machen. Ich möchte darauf hinweisen, daß, soviel mir bekannt, in früheren Verhandlungen eine derartige Beschränkung nicht stattgefunden hat. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der verstorbene Präsident im vorigen Jahre bei der Besprechung des Jahresberichts einem Mitgliede, der gegen den Vorsitzenden des Seemannsverbandes in wenig parlamentarischer Weise Angriffe erhob, nicht in die Parade

gefahren ist, dieses Mitglied war unser Kollege Herr Nolze, das waren Sie, Herr Präsident, und die Redefreiheit, die Sie selbst genossen, darf auch anderen Mitgliedern der Bürgerchaft nicht verkümmert werden.

Präsident: Von einer Beschränkung der Redefreiheit ist keine Rede. Ich wünsche nur nicht, daß Sie aus dem Bericht lange Sätze verlesen und daß Sie nicht allzulange reden.

Herr Donath: Wenn Sie mich nicht unterbrechen, werde ich früher fertig. Wenn der Herr Präsident mich unterbricht, fühle ich mich in der Redefreiheit beschränkt.

Präsident: Ich will nur bemerken, daß ich doch wirklich Redefreiheit in weitestem Maße gewährt habe. Sie sind natürlich berechtigt, an dem Bericht Kritik zu üben, aber es hat doch keinen Zweck, sich beispielsweise zuerst dahin zu äußern, daß Sie die Gewerbeinspektion ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Ueberstunden nicht genehmigt werden, und im nächsten Satz sagen: Allerdings hebt die Gewerbeordnung eine solche Berechtigung auf.

Herr Donath: Dann haben Sie mich falsch verstanden.

Präsident: Ich bitte Sie, sich kurz zu fassen.

Herr Donath: Ohne mich in der Redefreiheit beschränken zu lassen. Es wird im Bericht ausgeführt, daß die Heimarbeiter in ihren Wohnungen bedrückt sind, daß ganze Familien in einigen Fällen die Arbeitsräume auch als Schlafraum und Küche benutzen, daß Räume ermittelt wurden, in denen auf die Person nur 2 Kubikmeter Luftraum entfallen. Der Bericht hat ganz recht, vollständig recht, wenn er sagt, daß das außerordentlich schwere Gefahren für die Gesundheit der ganzen Familie haben muß, wenn derartige Zustände existieren, daß namentlich Kinder im zarten Alter von Krankheiten der Atmungsorgane, von Tuberkulose ergriffen werden. Ueberaus traurige Zustände finden Sie im Berichte erwähnt. Drei Fälle möchte ich ganz kurz resumieren. Erster Fall: Familienvater im höchsten Grade schwindelhaftig, muß, trotzdem er für arbeitsunfähig erklärt ist, mit seiner ebenfalls lungentranken Frau arbeiten, er verdient wöchentlich 9 M., angeblich infolge der geringen Arbeitskraft. Davon sollen beide, Mann und Frau, und fünf Kinder im Alter von fünf Monaten bis zu zehn Jahren leben. Die Miete wird als Armenunterstützung gewährt, wodurch der Betreffende auch noch seine politischen Rechte eingebüßt hat. Zweiter Fall: Mann lungentkrank, Frau eine verkrüppelte Hand, eine Tochter und ein Sohn sind binnen Jahresfrist an Lungenerkrankheit gestorben, eine andere Tochter befindet sich noch im Krankenhaus, acht Kinder leben, vier davon sind noch schulpflichtig — — —

Präsident: Herr Donath, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß das, was Sie in den letzten Minuten sagen, eine wörtliche Wiedergabe des Berichts ist.

Herr Voigt: Wir brauchen von Ihnen keine Belehrung.

Präsident: Sie haben nach unserer Geschäftsordnung einen freien Vortrag zu halten, dürfen aber nichts verlesen. Es hat keinen Zweck zu verlesen, was im Bericht wörtlich steht.

Herr Donath: Sie sind Ihrerseits im Irrtum. Ich habe nichts wörtlich aus dem Bericht verlesen, ich habe das zusammengezogen. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch von anderen Herren lange Stellen aus Berichten verlesen sind, ohne daß vom Präsidenten das moniert wurde. Ich halte diese meine Ausführungen für notwendig, weil es sonst vollständig unverständlich wäre, was ich nachher zu sagen habe. Lassen Sie mich ausreden, desto früher werde ich fertig.

Die Arbeitszeit in diesem Falle währt von 8 Uhr morgens bis 11—12 Uhr abends, der Arbeitsraum dient als Wohn- und Schlafraum. Der betreffende Beamte faßt sein Urteil dahin zusammen: „Elende Verhältnisse.“ Dann der dritte Fall: Der Mann verdient 16 *M.*, die Frau muß den Tag über auswärts arbeiten, um etwas hinzu zu verdienen. Die sechs Kinder befinden sich noch in schulpflichtigem Alter, die älteren von ihnen besorgen den Haushalt, ein Kind ist in der Idiotenanstalt. Der Arbeitsraum hat einen Inhalt von 15 Kubikmetern, eine Höhe von 1,9 m, ist zugleich Wohnraum für die siebenköpfige Familie, auf den Kopf kommen also 2 Kubikmeter Luft. Ich muß diese Verhältnisse anführen, wenn das, was ich jetzt sagen will, nicht in der Luft hängen soll. Ich sage, daß es notwendig ist, daß die Heimindustrie verschwinde. Darin unterscheide ich mich von dem Gewerbeinspektor, der da meint, die Heimindustrie dürfe trotzdem nicht beseitigt werden. Die Heimarbeit muß verschwinden, denn das ist kein Leben mehr, das ist eine Menschen-unwürdige Existenz, die die Leute da fristen. Bis man dieses Ziel erreicht, muß man allerdings damit zufrieden sein, daß auch die Heimindustrie unter die Gewerbeinspektion gestellt werde, daß eine Wohnungsaufsicht eingeführt werde. Daß diese Forderungen der Gewerbekommission erfüllt werden, können wir nur wünschen, und in dieser Beziehung sollte der Senat seinen Einfluß geltend machen, daß in den elenden Zuständen eine Aenderung eintrete.

Wenn wir weiter gehen, so ist ja der Bericht von dem Bestreben getragen, die Streik- und Lohnbewegungen objektiv zu beurteilen. Es wird zugegeben, daß die Leiter der Organisationen nicht nur die sachliche Führung in den Kämpfen haben,

sondern auch mit Hilfe ihrer Autorität, Kenntnis der Absatz- und Marktverhältnisse, unbesonnene Schritte und aussichtsloses Beginnen ihrer Mitglieder zu

verhindern und unberechtigte Ansprüche abzulehnen imstande waren.

Präsident: Ich muß Sie unterbrechen, Sie lesen alles ab.

Herr Donath: Das war ein Zitat. Ich habe gesagt, daß der Bericht das und das sagt. Ich will gegen einzelne Wendungen des Herrn Gewerbeberaters nicht polemisieren. Ich anerkenne z. B. nicht, daß unter Umständen Arbeiter unberechtigte Forderungen aufstellten. Ich möchte sagen, ohne mich aber auf Einzelheiten einzulassen, daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung im Interesse der Kultur notwendig ist. Der Bericht sagt selbst, daß die Organisationen der Arbeiter keine Streikvereine sind, und daß Leute, die immer von Streikvereinen reden, jedes sozialpolitischen Verhältnisses entbehren.

Der Bericht führt weiter aus, daß in vielen Fällen die Gewerkschaften die einzige Möglichkeit bieten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Freilich nicht nur in vielen Fällen, sondern ich sage, daß in allen Fällen die Gewerkschaften es gewesen sind, die die Lage der Arbeiter verbessert haben. Der Bericht erwähnt weiter noch, daß der Streik der Schmiede auf der Weserwerft schließlich zu einer Aussperrung der Arbeiter auf den Werften geführt habe und daß dadurch — ich weiß nicht, von wem der Gewerbeberater Zahlen hat, jedenfalls von der Werftdirektion — an Arbeitslohn 240 000 *M.* verloren gegangen ist. Es wäre ebenso interessant, zu hören, wieviel an Mehrwert der Aktiengesellschaft Weser durch ihre brutale Maßnahme verloren gegangen ist, der Weserwerft, die sich in einer prekären Lage befindet und in der verfluchten Lage gezwungen gewesen ist, einen Direktionswechsel vorzunehmen. Es wäre wohl auch für sie besser gewesen, wenn die Direktion mit den Arbeitern Hand in Hand gegangen wäre und der Kategorie von Schmiedern — sie beantragten nur die neunstündige Arbeitszeit und 5 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn mehr, das ist jedenfalls eine sehr bescheidene Forderung — entgegengekommen wäre.

Die Betriebsunfälle im Jahre 1907 haben gegen 1906 eine wesentliche Zunahme erfahren, es wurden 778 Unfälle verzeichnet, das sind bedeutend mehr als 1906. Es ist bekannt, daß auf dem Schlachtfeld der deutschen Industrie alljährlich mehr Opfer gefordert werden, als z. B. der mörderische Krieg von 1870/71 an Toten und Verwundeten auf Seite der deutschen Truppen zu verzeichnen hatte. Der mörderische Krieg kostete Deutschland ca. 44 890 Tote und Verwundete, während im Jahre 1905 609 160 Unfälle zu verzeichnen waren. Sie werden zugeben, daß damit ganz ungeheure Verluste an Lebensglück, Gesundheit und Lebensfreude verbunden sind.

Dann noch ein Punkt. Es ist bedauerlich, wie in fahrlässiger Weise die Schutzvorrichtungen von manchen Unternehmern nicht angeschafft werden. Der Bericht

führt Klage darüber, daß in vielen Fällen Schutzmaßnahmen nicht angebracht waren, weil sie dem Unternehmer zu teuer sind. Das ist der Grund. Weiter wird in dem Bericht gesagt, daß es Arbeiter gibt, die derartige Schutzvorrichtungen nicht anwenden, nicht beobachten. Aber aus welchem Grund sie das nicht tun, das wird nicht gesagt. Lediglich aus dem Grunde, weil es der Unternehmer nicht gern sieht. (Widerspruch.) Wenn der Unternehmer es wollte, dann brauchte er es nur zu sagen, jedenfalls würde sich dann kein einziger Arbeiter finden, der die Schutzvorrichtungen nicht anwendet. Aber viele Unternehmer denken sich, auf dem Arbeitsmarkt seien genug Arbeitskräfte vorhanden, er hat also keinen persönlichen Schaden davon, im Gegenteil, die Kosten für die Schutzvorrichtungen werden gespart. Ich will nicht die einzelnen Unfälle durchgehen, soviel steht aber fest, daß auf dem Gebiete der Unfallverhütung nicht alles geschieht, daß von seiten der Unternehmer und auch der Berufsgenossenschaften von den Vorschriften und dem Erlaß von Vorschriften nur in beschränktem Maße und zögernd Gebrauch gemacht wird. Insofern ist es erfreulich, daß der Bericht konstatiert, daß die Brauereibergsgenossenschaft die Vorschriften übersichtlich zusammengestellt hat, um sie den Arbeitern zur besseren Kenntnis zu bringen. Auf diesem Felde könnte die Gewerbeinspektion noch sehr helfen, wenn sie hier und da in die Versammlungen der Arbeiter ginge und den Arbeitern die Notwendigkeit der Schutzvorschriften auseinanderlegte, und daß immer die Schutzvorrichtungen beobachtet werden. Es mag vorgekommen sein, daß, wie im Berichte steht, Arbeiter die Schutzvorrichtungen nicht beobachtet haben, aber dann handelt es sich entweder um Affordarbeiter, oder die Arbeiter fühlen sich beengt, weil sie beim Unternehmer nicht in Mißkredit kommen wollen.

Ein Passus in dem Bericht hat uns sonderbar berührt. Gestatten Sie, daß ich ihn vorlese, da sonst das übrige nicht verständlich erscheinen würde. Es wird keine Minute dauern. Es heißt also im Bericht:

So wurde z. B. an einer Abriethobelmaschine ein Mann angetroffen, dem bereits sämtliche fünf Finger der linken Hand fehlten, der aber trotzdem ohne Schutzvorrichtungen arbeitete, obgleich für ihn weder Affordarbeit noch sonst ein Anlaß zu besonderer Eile und Nichtbeachtung der Schutzvorschriften vorlag. Ausschließlich die angeblich längere Arbeitsdauer beim Arbeiten mit Schutzvorrichtung gab also hier die Veranlassung, auch noch den traurigen Rest an Arbeitsfähigkeit ohne Grund auf das Spiel zu setzen.

So steht im Bericht. Ist wirklich die Frage nicht anders zu beantworten? Hat wirklich der Arbeiter aus purem Leichtsinne die Schutzvorrichtungen nicht benutzt? Kann man es nicht auch so erklären, daß der Mann gemeint hat, daß die Anwendung der Schutzvorrichtung nicht gern gesehen würde? Warum hat der Unternehmer nicht darauf bestanden, daß die Schutzvorrichtung benutzt wurde? War die Schutzvorrichtung vielleicht so unglücklich

angebracht, daß der Arbeiter nichts damit anfangen konnte? Ich sage noch einmal: es liegt lediglich an den Unternehmern, wenn die Schutzvorrichtungen nicht benutzt werden. Mache das Unternehmertum darauf aufmerksam, daß die Schutzvorrichtungen unter allen Umständen benutzt werden müßten, dann bin ich fest überzeugt, daß es keinen Arbeiter gebe, der die Schutzvorschriften nicht anwendete. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß purer Leichtsinne der Arbeiter nicht in Frage kommen kann.

Zum Schlusse konstatiert der Bericht, daß die Krise ihre Schatten geworfen hat, und inzwischen sind der düsteren Schatten noch mehr geworden. Das Unternehmertum hat unter der Krise auch Schaden. Die Profitquelle fließt nicht mehr so reichlich. Auf dem Konkurrenzfelde versucht ein Unternehmen das andere tot zu machen, das größere wird von dem noch größeren aus dem Felde geräumt. Den größten Schaden hat während der Krisen aber die Arbeiterschaft, nicht allein, daß die Arbeitslosigkeit größer wird. Durch das Mehrangebot auf dem Arbeitsmarkte sinkt der Lohn, und er sinkt umsomehr, je weniger widerstandsfähig die Arbeiter sind. Das sind die Freuden der kapitalistischen Produktionsweise für die Arbeiter. Sie werden zugeben, daß die Arbeiter alle Ursache haben, gegen eine Gesellschaftsordnung, wo solche Zustände herrschen, anzugehen, und es ist erfreulich, daß das die Arbeiter immermehr begreifen, daß sie sich rüsten, daß sie kämpfen für bessere Verhältnisse in der Gegenwart, für bessere in der Zukunft. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Geschäftsordnung:

Herr Rhein: Wir haben uns stets bemüht, den Jahresbericht des Gewerbeberats eingehend zu prüfen, und wir haben ihn, wie Sie anerkennen müssen, stets einer objektiven Beurteilung unterzogen. Wir haben uns stets bemüht, dem Jahresberichte ein größeres Interesse entgegenzubringen, als das leider vor unserer Tätigkeit in der Bürgererschaft der Fall war. Man hat es früher beliebt, über den Bericht der Gewerbeinspektion mit Stillschweigen hinwegzugehen, ob aus Interesse- oder Verständnislosigkeit, sei dahingestellt. Jedenfalls haben wir uns bemüht, Kritik zu üben, und stets haben wir von seiten des Präsidiums das weiteste Recht und die weiteste Redefreiheit gewährt erhalten; es sind niemals Unterbrechungen erfolgt, wenn nicht der Redner von dem abwich, was mit dem Gewerbe nicht in Verbindung stand. Die früheren Vorsitzenden haben auf dem Standpunkte gestanden, daß das, was im Berichte steht, auch besprochen werden kann. Nun meine ich, daß die Einwendungen, welche der Herr Präsident gegen meinen Freund Donath — — —

Präsident: Herr Rhein, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung erhalten.

Herr Rhein, fortsetzend: Ich möchte sagen, daß ich es für unrecht halte, daß gegenüber den Aus-

führungen meines Freundes Donath Unterbrechungen erfolgt sind, und insbesondere sind die Begründungen, die der Herr Präsident dafür gab, nicht stichhaltig. Der Herr Vorsitzer hat beispielsweise gesagt, es sei unrichtig und zwecklos zu sagen, die Gewerbeinspektion möge dahin streben, die Ueberstunden und Sonntagsarbeit einzuschränken und im nächsten Augenblick zu sagen, die Gewerbeordnung biete das Recht dazu. Das ist durchaus nicht zwecklos — — —

Präsident: Das geht über das Maß dessen hinaus, wozu Sie in einer Geschäftsordnungsdebatte das Recht haben zu sprechen.

Herr Rhein: Nein, ich stehe auf dem Standpunkte — — —

Präsident: Das kann ich nicht dulden. Dann verstehen wir beide uns nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Herr Rhein: Ich führe Beschwerde über die Geschäftsordnung, und wenn ich das tue, dann muß ich es begründen und mich dazu äußern, sonst verstehe ich die Handhabung der Geschäfte nicht.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Lürman: Zu meiner Freude hat der Vorredner seinen Vortrag damit begonnen — wenn ich ihn richtig verstanden habe — daß der Bericht als absolut befriedigend zu bezeichnen sei. Zu meiner Freude sage ich das deshalb, weil unser Gewerbeberater, der hier neben mir sitzt, darin den Dank für seine rastlose Tätigkeit finden wird, welche er auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht entwickelt hat. Im übrigen kann ich auf die Ausführungen des Herrn Vorredners in ihrem ganzen Umfange selbstverständlich nicht eingehen, denn sie umfassen einen großen Teil des Gebietes der gewerblichen Arbeiterverhältnisse, und damit würden wir in einer Stunde und auch den ganzen Abend nicht fertig. Er hat sich an verschiedene Adressen gewandt, an das Gericht, wegen des Kinderschutzgesetzes, an die Arbeitgeber wegen der Fortbildungsschule, an die Reichsregierung wegen der Heimarbeit usw. Ich möchte jedoch auf einen Punkt eingehen, der an meine Adresse gerichtet war, in dem ein weiterer Ausbau der Gewerbeaufsicht verlangt wird. Wie die Bürgerschaft weiß, haben wir es uns in den letzten Jahren angelegen sein lassen, die gewerbliche Aufsicht weiter auszubauen, wir haben eine Assistentin und einen Gehilfen angestellt, und die Tätigkeit dieser beiden hat der Vorredner anerkannt. Ob wir diesen beiden Beamten, die sich in ihre Arbeit erst einleben müssen, noch weitere Aufgaben zuweisen können — der Vorredner hat auf die Maler und Anstreicher und auf die Gast- und Schankwirtschaften hingewiesen —, das muß sich finden. Was die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtungen anlangt, so ist mir im Augenblicke zweifelhaft, ob sie gegeben ist, insbesondere hinsichtlich der Gast- und Schank-

wirtschaften meine ich, daß die Revisionen bei den Polizeibeamten mindestens ebenso gut aufgehoben sind, wie bei den Gewerbebeamten. Die technischen Prüfungen, wie bei den Revisionen der andern Gewerbe, sind hier nicht erforderlich.

Was die Maler und Anstreicher betrifft, so lesen Sie aus dem Berichte, daß in größeren Betrieben die Beachtung der Vorschriften mit durch die Beamten der Gewerbeinspektion erfolgt ist; nur bei den handwerksmäßigen Betrieben nicht, weil dadurch die Arbeit verzerrt wird, und weil diese Tätigkeit in den Organismus der Gewerbeinspektion schlecht hineinpast. Auch meine ich, daß diese Einrichtung sich bewährt hat, und Mängel hat der Vorredner nicht hervorheben können. Herr Donath hält von seinem Standpunkte seinen Vorschlag für besser; darüber kann man verschiedener Meinung sein.

Der Vorredner hat verschiedene Zahlen angeführt. Auch ich möchte einige Zahlen aus der Statistik geben, die mir vorliegt, woraus sich ergibt, daß unsere Verhältnisse in Bezug auf die Gewerbeaufsicht in Deutschland recht gute sind. 1906 entfielen auf einen Beamten der Gewerbeinspektion in Bremen rund 5234 Arbeiter; würde man den inzwischen angestellten Beamten hinzurechnen, so würden 4570 Arbeiter auf den einzelnen Beamten kommen. Das ist die Zahl für Bremen. In Baden zum Beispiel beträgt die Zahl 21 600, in andern Bundesstaaten 23 000 und 28 000, in Bremen nur zirka 4500. (Hört, hört!) Die Zahl der revidierten Betriebe betrug bei uns 99 Prozent. Wir marschieren auch damit an der Spitze; ich glaube, nur ein kleiner Staat, wenn ich nicht irre Schwarzburg-Sondershausen, hat 100 Prozent erreicht. Der Prozentsatz geht bis auf 18 Prozent herunter. Andere Staaten erreichen noch nicht die Hälfte, und viele nicht $\frac{2}{3}$ des Prozentsatzes für Bremen. Diese Statistik entnehme ich dem Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Sie sehen daraus, daß Bremen nicht zurückgeblieben ist hinter den andern Bundesstaaten Deutschlands und daß seine Einrichtungen keine Kritik zu scheuen brauchen. Wir werden es trotzdem nicht ablehnen, wenn sachliche Gründe es notwendig machen, die Gewerbeinspektion noch weiter auszubauen.

Herr Heinke: In den beiden vorausgehenden Jahren kritisierten die Herren Henke und Rhein die wenigen Revisionen in den Bäckereien. In diesem Jahre haben nach den Angaben des Berichts und des Herrn Donath 781 Revisionen stattgefunden. Ich freue mich darüber, und die Bäckermeister werden im allgemeinen nichts dagegen haben, daß noch mehr Revisionen vorgenommen werden. Im Gegenteil, es ist höchst erfreulich; denn wir bedauern selbst, daß Auswüchse vorkommen, und meinen, daß sie abgestellt werden müssen. Herr Donath beklagt sich darüber, daß keine idealen Zustände vorgefunden worden sind. Das werden wir wohl schwerlich erleben, und auch die Herren von der Linken werden das nicht herstellen

können. Sie werden es nicht erleben. (Zuruf: Vielleicht doch!) Nun sagt Herr Donath, daß das Kost- und Logiswesen noch keinen Schritt vorwärts gekommen sei. Er verschweigt aber, wovon das kommt: Das wollen die Gesellen selber nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß im voraus, daß Sie, Herr Donath und Ihre Freunde das aufs entschiedenste bestreiten werden. Ich nehme Ihnen das auch nicht übel und zwar nicht, weil Sie das von Ihrem Standpunkte verurteilen, aber es wird nicht vom Standpunkte derer verurteilt, die selbst in Frage kommen, und das sind die Gesellen. Die haben, das ist schon gesagt, versucht, eine derartige Einrichtung zu schaffen, und nach kurzer Zeit hat sich herausgestellt, daß ein Geselle zu dem Meister sagte, er möchte das Verhältnis wegen des Kost- und Logiswesens wiederhergestellt haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein besonderer Busenfreund von Herrn Donath das Gegenteil davon wünscht. Das will ich nicht bestreiten, aber das Gros der Arbeiter steht auf einem andern Standpunkte, wie Herr Donath.

Und nun beklagt er sich über die geringe Höhe der Bäckereien. Ich bin überzeugt, daß das in gewisser Beziehung ganz nett ist, aber das läßt sich im Handumdrehen nicht ändern. Das ist in der Bürgerschaft wiederholt besprochen worden, und das alte Lied ist immer wieder angestimmt worden; es liegt das in dem Bauverhältnis der Stuben, und daß das im Handumdrehen nicht geändert werden kann, das weiß Herr Donath selbst, und die Behörde ist wohl selbst außerstande, solche Aenderungen von heute auf morgen herbeizuführen. Ich begrüße es, daß die Behörde ihr Augenmerk darauf richtet, daß hier Wandel geschaffen wird, und die Bäcker sind mit den Fortschritten einverstanden.

Nun hat Herr Donath noch verschiedene andere Sachen herangezogen, die Kleinigkeit wegen der Spudnäpfe. Hätte der Herr Gewerberat einen derartigen Wunsch an die Korporation gerichtet, dann hätten wir es gern getan; aber wir gehen noch weiter, und das besteht darin, daß das Ausspucken in den Bäckereien verboten ist. Was sagen Sie dazu? (Heiterkeit.) Wir sind für den Fortschritt.

Dann ist über die Fortbildungsschule gesprochen worden. Darin sind wir mit den andern Handwerken auf der Höhe. Die Lehrherren werden in gewisser Beziehung durch den Lehrvertrag gehalten, daß die Lehrlinge die Fortbildungsschule besuchen müssen. Das haben wir seit Jahren. Ich weiß nicht, ob das Herrn Donath entgangen ist. Nach Ansicht der Behörde ist die Schule auf der Höhe, und wir begrüßen jeden Fortschritt auf das freudigste. Daß auf diesem Gebiete im allgemeinen noch keine Aenderung erfolgt ist, liegt daran, daß das Bäckereigewerbe ein Kleinhandwerk ist. (Herr Henke: Sehr richtig!) Herr Henke sagt „sehr richtig“, dann begreife ich nicht, daß er in seinen Äußerungen ein anderes Urteil fällt. Das sollten

die Herren von der Linken wissen — — — (Die folgenden Äußerungen sind am Stenographentische nicht verständlich, weil der Redner zu den Sozialdemokraten gewendet spricht). — — haben in diesem Stande nichts erreicht und haben ihm Adieu gesagt. Wenn man den Leuten die Wahrheit sagt, so habe ich gar nichts dagegen und freue mich im allgemeinen darüber. Gerade das Bäckerhandwerk als Handwerk hat getan, was es tun konnte im Interesse der Allgemeinheit, aber Mängel und Fehler sind nicht im Handumdrehen zu beseitigen, sie beruhen auf der Eigenart des Bauwesens in unserer Stadt. Die Bäckereien haben aber getan, was sie konnten. Was soll der Handwerker nach seinen schwachen Kräften tun? Was er aber getan hat, daß sollte man anerkennen. (Beifall.)

Herr Leymann: Herr Präsident! Meine Herren! Herr Heinken hat schon ausgeführt, daß wir die Lehrlinge, die wir haben, unter allen Umständen anhalten, die Fortbildungsschule zu besuchen. Aber wenn sie sie Sonntags besuchen, so sind sie außer unserer Macht, sondern in den Händen der Eltern selber; dort wird viel gesündigt, dort werden die Lehrlinge viel von den Eltern zurückgehalten, damit sie zu Hause für sie arbeiten. Wir dürfen Sonntags keine Lehrlinge und Arbeiter beschäftigen. Die Lehrlinge werden Sonntags zu Hause zu sehr ausgenutzt, so daß sie die Fortbildungsschule nicht besuchen können.

Herr Donath hat sich auf eine besondere Industrie bezogen, die hier so außerordentlich schlechte Löhne, Hungerlöhne, bezahlt, und er hat die lange Arbeitszeit dort gerügt. Da hätte ich gewünscht, daß die Herren erst in ihrem eigenen Hause aufräumen, da wäre es jedenfalls besser am Plage. Herr Donath hat Zitate aus dem Bericht angeführt. Ich habe hier einen Auszug vom Kaiserlichen Statistischen Amt, wonach die Lagerhalter in den sozialdemokratischen Konsumvereinen 12 bis 16 Stunden Arbeitszeit haben. (Herr Henke: Lüge!) Sie können das Kaiserliche Statistische Amt nicht Lüge strafen, das steht noch etwas über Ihnen, in dem Bericht stehen keine Lügen. Wenn Sie gestatten, Herr Präsident — — —

Präsident: Herr Henke, ich glaube von Ihnen das Wort „Lüge“ gehört zu haben, wollen Sie den Ausdruck zurücknehmen?

Herr Henke: Fällt mir nicht ein!

Präsident: Dann rufe ich Sie zur Ordnung.

Herr Henke: Eine Brutalität ist das! Ich habe das Wort nicht in bezug auf Herrn Leymann gebraucht, wie können Sie mich also zur Ordnung rufen? Ich halte mich vollständig zu meinem Vorgehen berechtigt.

Präsident: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung.

Herr Henke: Das ändert an der Sache nichts.

Präsident: Herr Leymann, fahren Sie fort.

Herr Leymann: Ich hätte die Sache nicht weiter ausgeführt, aber da Herr Henke einen so außerordentlich verdächtigen Zuruf macht, so gestatten Sie mir wohl, einige Zeilen zu verlesen:

Es werden die Löhne und Arbeitszeiten aus 774 sozialdemokratischen Konsumvereinen — — —

(Zuruf: Sozialdemokratischen Konsumvereinen?)
Ja wohl, das steht dabei:

Das vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebene „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht jetzt folgende unanfechtbare Statistik über die Löhne und Arbeitsverhältnisse in den sozialdemokratischen Konsumvereinen und Genossenschaften.

(Herr Pief: Das ist ja die Liberale Korrespondenz, aus der Sie vorlesen!)

Wir haben Ihre Kritik über uns ergehen lassen, lassen Sie doch auch die Kritik über sich ergehen. (Lärmende Zurufe von links.)

Präsident: Ich ersuche Sie, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Herr Leymann:

Es werden die Löhne und Arbeitszeiten aus 774 Vereinen mit 8611 Angestellten bekanntgegeben. Der größte Teil der Angestellten setzt sich aus Lagerhalter, Lagerhalterinnen und Verkäuferinnen zusammen. Verkäuferinnen allein wurden gezählt 3135, Lagerhalter 1551. Ueber die Arbeitszeit der Lagerhalter liegen aus 593 Vereinen Nachweise vor, davon hatten 154 Vereine eine Arbeitszeit von 72—96 Stunden wöchentlich, also 12—16 Stunden täglich. (Hört! Hört!)

Was werden die Herren hier sagen, wo sie eine Arbeitszeit von 9—10 Stunden Ausbeutung nennen? Wie finden Sie dies? Und wenn Sie von Hungerlöhnen sprechen — — — (Zuruf von Herrn Voigt.)

Präsident: Herr Voigt, ich ersuche Sie, nicht fortwährend zu unterbrechen!

Herr Leymann: Wenn Sie von Hungerlöhnen sprechen, was sagen Sie dann dazu: Für die Lagerhalter geht der Monatslohn in einem Verein unter 50 M. herab, in 79 Vereinen beträgt der Monatslohn 50—74 M. und 99 M. ist das allerhöchste, was ein Lagerhalter verdient. Und bei den Verkäuferinnen geht es herunter bis auf 25 M. monatlich, das ist nicht einmal 1 M. pro Tag. Das sind richtige Hungerlöhne! Ich stehe nicht an, zu sagen, daß die so heruntergerissene Industrie bedeutend bessere Löhne zahlt als die Sozialdemokratie selber. (Zuruf des Herrn Voigt.) Ich halte es mit dem Bibelspruch: Bevor du den Splitter aus dem Auge deines Nächsten ziehst, ziehe den Balken aus deinem eigenen Auge. Das sollten Sie sich zur Richtschnur nehmen. Ebenso wenn Herr Henke sagt, ideale Zustände sollten bei uns kommen. Es liegt gerade an den Herren am allermeisten, solche idealen

Zustände bei sich einzuführen und Remedur zu schaffen, dann können sie mit der Forderung auch an uns herantreten und sagen: Folgt ihr uns nach! Wir aber sollen vorangehen und dann — wollen sie noch nicht einmal uns nachkommen.

Das ist ein Uebelstand, der hier besonders zutage tritt, wenn der Vorwurf gemacht wird: An den Unfällen sind die Unternehmer schuld. Ich kann Sie versichern, als einer, der mitten im Geschäftsleben steht, daß die meisten Unfälle und die größten Unfälle zum größten Teil auf die Schuld der Arbeiter selber zurückzuführen sind. Wir bringen die Schutzvorrichtungen in unseren Betrieben an, wer nimmt sie aber von den Maschinen, wer nimmt sie von den Bauten weg? Glauben Sie vielleicht, daß wir das tun, um die Arbeiter zu Unfällen zu bringen? Nein, die Unfälle müssen wir bezahlen, wir ganz allein, wir haben also ein großes Interesse daran, daß Schutzvorrichtungen getroffen werden, und diejenigen, die wir mit unserem Geld angeschafft haben, tatsächlich auch intakt bleiben. Alle, die im Geschäftsleben stehen, werden zugeben, daß die meisten Unfälle durch Wegnehmen der Schutzvorrichtungen entstehen und daß dieses zum größten Teil auf die Schuld der Arbeiter selber zurückzuführen ist. In dem Bericht der Gewerbeinspektion, was Herr Donath vorgelesen hat, wie ist das eigentlich passiert? Glauben Sie vielleicht, daß der Arbeitgeber schuld daran ist, daß der Betreffende fünf Finger verloren hat? Glauben Sie nicht, daß der Betreffende, wenn er nicht so leichtsinnig gewesen wäre und die Schutzvorrichtung weggenommen hätte, nicht noch seine volle Arbeitskraft hätte, ein vollwertiger Arbeiter wäre? Es ist so, wie der Bericht sagt: Der Arbeiter nimmt die Schutzvorrichtung weg von seiner Maschine, um bequemer arbeiten zu können, nicht, wie Herr Donath ausgeführt hat, daß er vom Arbeitgeber dazu getrieben wird. So etwas gibt es nicht. Ein solcher Arbeitgeber ist mir noch nicht vorgekommen, der dem Arbeiter aufgibt: Du hast die Schutzvorrichtung wegzunehmen, wenn du das anzeigst, kannst du mir über den Rücken laufen, wenn ich bestraft werde. Die Herren sollten nicht mit solchen Beschuldigungen kommen. Ich bitte sie, selber an ihrem eigenen Tun und Lassen einen Maßstab anzulegen, wie sichs gehört, und dann zu uns zu kommen, es auch so zu machen, Sie sollten dafür sorgen, daß ihre Betriebe Musterbetriebe werden, dann wird das andere von selbst kommen.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Herr Rhein: Zur tatsächlichen Aufklärung!

Herr Pief: Zur tatsächlichen Aufklärung!

Herr Henke: Zur tatsächlichen Aufklärung!

Herr Donath zur Aufklärung des Tatsächlichen:
Ich freue mich, daß Sie Herrn Leymann durchaus

volle Redefreiheit gewährt haben. Das steht vorteilhaft ab von den Maßnahmen, die Sie gegen mich ergriffen haben. Ich konstatiere — — —

Präsident: Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß es auf mich absolut keinen Eindruck macht, ob Sie mit meiner Geschäftsführung zufrieden sind oder nicht.

Herr Donath: Auf den Eindruck kommt es nicht an. Jedenfalls lasse ich mich nicht anders behandeln wie Herrn Leymann.

Präsident: Sie haben das Wort zur tatsächlichen Aufklärung erbeten.

Herr Donath: Herrn Leymann gegenüber möchte ich bemerken, daß ich meinerseits von den miserablen Löhnen in der Heimindustrie gesprochen habe, und das halte ich aufrecht. Was Herr Leymann weiterhin erwähnt hat von sozialdemokratischen Konsumvereinen, so kann ich nur sagen, daß alles, was er da vorgelesen hat, eine Lüge ist. In ganz Deutschland gibt es keinen sozialdemokratischen Konsumverein. Was Herr Leymann vorgelesen hat, stammt entweder vom Reichslügenverband, mit dem Herr Leymann verschwägert zu sein scheint, oder aus der Liberalen Korrespondenz. Nur soviel über Herrn Leymann; was er gesagt hat, ist mir viel zu wenig, als daß ich darauf eingehe — —

Präsident: Das ist keine tatsächliche Aufklärung.

Herr Rhein: Herr Leymann hat uns erklärt, er lese etwas vor aus den Mitteilungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes, und er sagte, er lese daraus vor Zahlen, die sich beziehen auf die sozialdemokratischen Konsumvereine. Das ist nicht richtig, denn das Kaiserliche Statistische Amt spricht niemals von sozialdemokratischen Konsumvereinen. Das ist also unrichtig und Herr Leymann muß sich berichtigen lassen. Dann ist Herrn Leymann der Fehler unterlaufen, daß er die Zahlen der Konsumvereine allein auf die sozialdemokratischen bezieht, er legt das Wort „sozialdemokratisch“ hinein und meint damit nur solche Konsumvereine, die von Arbeitern gegründet worden sind. Die Statistik schließt aber die gesamten Konsumvereine ein, bezieht die Aktiengesellschaften, also auch die Konsumvereine ein, wie der heute in Bremen bestehende; sie alle zusammen geben das Bild, das das Statistische Amt vorgeführt hat. Die Konsumvereine, soweit sie von Arbeitern gegründet sind, weichen erfreulicherweise von diesem Bilde ab, da sie bessere Verhältnisse aufweisen. Soweit das nicht der Fall ist, sorgt bei uns die Kritik im eigenen Hause dafür, daß Besserungen geschaffen werden. Wenn Herr Leymann dann davon spricht, daß die Schuld an den Unfällen meistens die Arbeiter — — —

Präsident: Das geht weit über den Rahmen einer tatsächlichen Aufklärung hinaus.

Zur Aufklärung der Tatsachen:

Herr Pieck: Ich wollte tatsächlich feststellen, daß Herr Leymann einen Abschnitt aus dem Liberalen Korrespondenzblatt vorgelesen und die Bürgerschaft angelogen hat. (Zurufe: Was, was! Unerhört!) Ich wollte das tatsächlich feststellen — — —

Präsident: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie eben einen Ausdruck gebraucht haben, der unparlamentarisch war. (Herr Pieck versucht zu unterbrechen.) Bitte wollen Sie ruhig sein. Sie haben einen Ausdruck gebraucht, den ich für unparlamentarisch halte. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung und mache Sie auf die Geschäftsordnung aufmerksam.

Herr Pieck: Dann will ich die Tatsachen richtig stellen, von denen Herr Leymann berichtet hat. Das ist der in dem Berichte erwähnte Fall, daß der Arbeiter infolge eigenen Leichtsinns fünf Finger verloren habe. Ich kenne den Mann und den Betrieb. Es ist einer unserer größten Betriebe. Ich weiß, daß dieser Arbeiter seine Finger nicht durch Leichtsinns verloren hat — — —

Präsident: Was Sie eben ausführen, das ist Ihre eigene Ansicht, die Sie vertreten, und wenn Sie das in der gewöhnlichen Diskussion tun, so ist dagegen nichts einzuwenden, aber Sie haben das Wort erhalten zu einer sachlichen Aufklärung.

Herr Pieck: Herr Leymann hat behauptet, der Arbeiter hätte seine Finger durch Leichtsinns verloren. Ich will tatsächlich richtigstellen, daß das nicht der Fall ist. (Zuruf: Das können Sie nicht!) Ich kenne den Mann, er hat sie verloren durch — — (Glocke des Präsidenten.) — den eigenen Betrieb, der dort — —

Präsident: Wollen Sie ruhig sein, wenn ich klinge! Ich muß Ihnen sagen, daß Ihre Worte weit über den Rahmen einer tatsächlichen Aufklärung hinausgehen. Sie wollen unter der Firma der tatsächlichen Aufklärung das Wort vor den andern Rednern vorweg haben. (Zuruf des Herrn Pieck: Das ist Ihre Auffassung!) Das ist die persönliche Auffassung, die ich habe, und die habe ich zu bestimmen, und nicht Sie.

Herr Henke: Ich habe vorhin, als Herr Leymann aus der Zeitung eine Notiz vorlas, in bezug auf das, was er vorlas, gerufen: Das ist eine Lüge! Und dazu halte ich mich berechtigt. Es war nicht auf Herrn Leymann, sondern auf die Notiz zu beziehen, und als der Herr Präsident mich ersuchte, das zurückzunehmen, konnte ich das nicht, weil der Ruf sich nicht auf Herrn Leymann bezog. Als Sie mich dann zur Ordnung gerufen haben, Herr Präsident, habe ich den Zwischenruf gemacht: Brutalität! weil ich das als Vergewaltigung empfunden habe.

Zur Geschäftsordnung:

Herr Donath: Wenn ich richtig verstanden habe, hat einer der Herren Schluß beantragt. Ich halte das für parlamentarisch nicht anständig, wenn Sie uns gegen die Beleidigungen, die Herr Leymann gegen uns geschleudert hat, durch einen Mehrheitsbeschluß mundtot machen. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir nie einen Antrag auf Schluß gestellt haben; und wir erwarten von Ihnen so viel parlamentarisches Anstandsgefühl, daß Sie auch so handeln.

Präsident: Es ist Schluß beantragt.

Rednerliste: Herren Freeze, Pief, Donath, Henke, Imwolde, Rutenberg und Heinken.

Der Schluß wird genügend unterstützt.

Herr Heinken: Ich bitte, heute abend ausnahmsweise den Schluß nicht anzunehmen, weil ein Kollege, Obermeister Freeze, sich zum Wort gemeldet hat und weitere Aufklärungen geben wird. Ich bitte, den Schluß abzulehnen, damit Klarheit geschaffen wird.

Der Schluß wird mit 41 gegen 24 Stimmen angenommen.

Der Bericht wird dankend entgegengenommen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 55 Min.

